

Hannover
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei S. F. Danck & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Wose.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Mr. 431.

Donnerstag, 22. Juni.

1882.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Postage 20 Pf. die sechsgeschaltene Zeitung oder deren Raum, Postkarten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 21. Juni. Der König hat dem ersten Staatsanwalt a. D. Sievers zu Verden den rothen Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife; dem gewerkschaftlichen Steiger Schmeißfurth auf Grube Peterszicke bei Lippe im Kreise Siegen das Allgemeine Ehrenzeichen; dem Bergassessor und Dozenten an der Bergakademie in Clausthal Kohler die Rettungs-Medaille am Bande und dem Fabrikbesitzer Schöller zu Breslau den Charakter als Kommerzienrat verliehen.

Der Professor Dr. Classen an der königlichen technischen Hochschule zu Aachen ist als etatmäßiger Lehrer und Professor für anorganische Chemie angestellt worden; dem Oberlehrer Dr. theol. et phil. Hillen am Gymnasium zu Coesfeld ist das Präfikat Professor beigelegt worden. Am Schulreher-Seminar in Sagan ist der Präparandenlehrer Schönbrunn als Hilfslehrer angezettelt.

Politische Uebersicht.

Posen, 22. Juni.

Die halbamtlische „Provinzial-Korrespondenz“ überläßt die Betrachtungen über den „Janus-Kopf“ des Herrn v. Bennigsen der „Kreuz-Zeitung“ und Genossen, die doch einigermaßen darüber erstaunt sind, daß nicht der linke Flügel der national-liberalen Partei allein, sondern die ganze Partei unter der Führung des Herrn v. Bennigsen in die Oppositionsstellung gegenüber der Steuerreformpolitik des Reichskanzlers eingetreten ist.

„Es wäre nur schädlich,“ schreibt die „Prov.-Korresp.“, „die That-sache zu verbüllen, daß Herr v. Bennigsen sich damit (d. h. mit seiner Rede im Reichstag) in einem durchgreifenden Gegensatz zur Ueberzeugung des Reichskanzlers gestellt hat.“

Diese That-sache haben wir nie bestritten; es ist nur erfreulich, daß die „Prov.-Korresp.“ hier wieder einmal ganz offen „die Ueberzeugung des Reichskanzlers“ als den einzigen zutreffenden Maßstab für unsere gesammte Politik anerkennt und von allen Verdunkelungsversuchen absieht. So heißt es auch weiter:

„Dies ist der Steuerreformplan des Herrn v. Bennigsen. Es ist die völlige Vereinigung der Reformidee des Kanzlers. Der Kanzler hält den Druck der Klassensteuer in der Mehrzahl der unteren Stufen für ein nicht mehr zu extragendes Uebel, und deshalb sagte er im Reichstag: „Ich will Ihnen den Exekutor vorhalten, bis einer von uns beiden tot ist, der Exekutor oder ich.““

Die Ausführungen des Reichskanzlers über die Wirksamkeit des Exekutors bezogen sich ausschließlich auf die drei untersten von den 12 Stufen der Klassensteuer; ebenso die ergänzenden statistischen Mitteilungen des „Reichsanzeigers“. Die Stufen 4—12 liefern nur 10,6 Prozent der Pfändungen. Gleichwohl verlangt der Reichskanzler nicht nur die Aufhebung der vier untersten Stufen der Klassensteuer, sondern der gesamten Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der Einkommensteuer. Und wer das nicht für möglich erachtet, weil er das Gleichgewicht der direkten und indirekten Steuern nicht völlig aufheben will, der wird, wie Herr v. Bennigsen, den Wählern einfach als Gegner der „Reformidee des Kanzlers“ denunzirt. Mit welchen Mitteln, d. h. mit Hilfe welcher neuer Steuern diese „Idee“ in die Wirklichkeit übergeführt werden soll, darüber wird jetzt absolutes Stillschweigen beobachtet. Der Wähler soll nicht fragen, welche Steuern er in Zukunft zu tragen haben wird — das findet sich später — sondern nur, ob er die bestehenden los sein möchte. Da werden die „Gläubigen“ doch bald alle werden.

Bezüglich des Anlasses zu dem Entlassungsgesuch des Finanzministers Bitter, weiß die „Kreuz-Ztg.“, wie wir gestern, zu melden, daß dasselbe aus der eigenen Initiative des Ministers hervorgegangen sei, fügt aber hinzu, die „erwünschte Gelegenheit“ habe ein auf die Steuerreform bezüglicher Passus des gestern im „Reichsanzeiger“ erwähnten königlichen Erlasses an das Staatsministerium, die Pfändungsstatistik betreffend, geboten. Die Auflösung des inneren Widerspruchs dieser Darlegung wird erst die Veröffentlichung des königlichen Erlasses unter Angabe des Datums ermöglichen. Wenn der Erlass, wie zu vermuten, die Gegenzeichnung des Fürsten Bismarck trägt, so wäre der Wunsch, in dem sich das „Deutsche Tageblatt“ mit der „Frankfurter Ztg.“ begegnet, daß nämlich Fürst Bismarck selbst die Leitung auch des preußischen Finanzministeriums übernehmen möge, schon vor dem Rücktritt des Herrn Bitter in Erfüllung gegangen.

Die am 18. zu Dresden abgehaltene Versammlung der Liberalen Sachsen hatte die Einigung der liberalen Parteien zum Zwecke und hat zur baldigen Erreichung desselben weit über die grün-weißen Grenzen hinaus gewiß erheblich beigetragen. In Anbetracht dieser Bedeutung der Versammlung, und weil wir das in Dresden gegebene Beispiel für ein nachahmenswertes halten, teilen wir den ausführlichen Versammlungsbericht der „Dresdener Ztg.“ weiter unten mit.

Der Wiener „Presse“ wurde jüngst aus Brünn gemeldet, daß schon nächstens Verhandlungen zwischen der österreichischen und preußischen Regierung wegen Besetzung des eigentümlichen Rechtsverhältnisses, nach welchem den österreichischen Diözesen Prag und Olmütz auf preußischem und andererseits der Diözese Breslau auf österreichischem Gebiete die kirch-

liche Jurisdiktion eingeräumt ist, beginnen werden. Diese Nachricht ist, wie die „B. B. Ztg.“ erfährt, unbegründet. Preußischerseits werden solche Verhandlungen nicht beabsichtigt, und die römische Kurie und die österreichische Regierung sind nicht gewillt, ein historisch begründetes Recht aufzugeben. Die letztere ist entschieden gegen den Anspruch der preußischen Regierung, daß die bisher den alten Verträgen gemäß stattgehabte theilweise Unterhaltung der Breslauer Diözese aus dem auf österreichischem Territorium liegenden Kirchengütern auch nach erfolgter Trennung vom Bistum Breslau erfolge. Dagegen schwanken gegenwärtig Verhandlungen über eine andere, den österreichischen Anteil der Breslauer Diözese betreffende Angelegenheit, nämlich über den Seitens der österreichischen Geistlichkeit gestellten Antrag, daß der Generalvikar in Teschen mit bischöflicher Würde und mit einer entsprechenden Dotierung aus den fürstbischöflichen Renten von Johannesberg zum gleichberechtigten Ehren-Domherrn an der Breslauer Kathedrale ernannt, und daß noch zwei weiteren Priestern des österreichischen Anteils der Breslauer Diözese das Ehrenkanonikat mit Stimme im Breslauer Domkapitel verliehen werde. Dieser Antrag ist vom Klerus im österreichischen Theil des Bistums Breslau ausgegangen und wird von der österreichischen Regierung unterstützt.

Die mittlereuropäische Fahrplankonferenz (Winterfahrplan 1882/83), welche laut dem am 12. Januar d. J. in Brüssel gefassten Beschlüsse mit Rücksicht auf die stattgehabte Inbetriebsetzung der Gotthardbahn in Lindau am Bodensee zusammenentreten soll, ist nunmehr auf den 28. d. Mts. dorthin einberufen worden. Auf dieser Konferenz werden die meisten Eisenbahnverwaltungen im deutschen Reiche, in Österreich-Ungarn, der Schweiz, Holland und Belgien, sowie mehrere französische, englische und italienische Verwaltungen vertreten sein. Die definitive Tagesordnung ist noch nicht festgestellt; dieselbe wird in diesen Tagen seitens der Generaldirektion der bayrischen Verkehrsanstalten zur Verwendung gesangen, welche Verwaltung auch die Verhandlungen leiten und das Protokoll feststellen wird.

Die Bemerkungen des Fürsten Bismarck über die österreichische Verfassungspartei, die „Herbstzeitlosen“, wie der Kanzler, ein altes Witzwort aufnehmend, sie nannte, werden in der österreichischen Presse eingehend besprochen und von den Organen der Verfassungspartei, zum Theil in sehr scharfer Weise, zurückgewiesen. Die Rede Bismarcks wird in den nächsten Wochen in Österreich noch viel erörtert werden, da wohl kaum einer der verfassungstreuen Abgeordneten, wenn sie ihren Wählern ihre Rechenschaftsberichte erstattet, die Abwehr der Anklagen unterlassen wird. Zunächst hat Herr v. Pleiner, der innerhalb der Verfassungspartei auf dem rechten Flügel sitzt und sich in manchen wichtigen Fragen von derselben getrennt hat, in der Handelskammer von Egger, welche er im Reichsrath vertritt, bereits Veranlassung genommen, am Schlusse seines Berichtes über die abgeschlossene Reichstagsession sich gegen die Anklagen des deutschen Reichskanzlers zu wenden. Er erklärt dieselben für so ungerecht, daß sie nicht einmal verlesen können. Die Deutsch-Liberalen hätten niemals solche exorbitante Forderungen gestellt, daß dadurch die Dynastie ihrer Selbsterhaltung wegen gezwungen worden sei, ihre Zuflucht bei den Slawen zu suchen. Die Verfassungspartei stehe auf dem Boden der Politik Maria Theresias und Josephs II.

„Wir wollen“, sagte Redner, „ein eigenes und mächtiges Österreich, nicht einen Spielball nationaler Provinzpolitik. Wir wollen angesichts der Gefahren, welche der Monarchie vom Pan-Slavismus drohen, sie im Innern nicht slavischen Experimenten preisgeben. Ja, wir vertreten auch liberale Grundätze. Wir wollen, daß die Bevölkerung teilnimmt an den Geschäften des Staates, weil wir dafür halten, daß nur jener staatliche Sinn geschaffen wird, welcher die Bevölkerung durchdringen muß, wenn der Staat gedehnen soll. Wir wollen keinen Gegensatz zwischen Kaiser und Volk, wir wollen die absolutistische Theorie, daß nur der Monarch und die Regierung den Staat vertreten, nicht aufkommen lassen. Wir wollen, daß der Bürger sich eins fühle mit dem Staat, und dies ist nur möglich bei einer Verfassung. Darum liegen die bürgerliche Freiheit und Verfassung viel mehr im Interesse der Dynastien, als jene reaktionäre Narkose gegen den Liberalismus, welche jetzt in Mitteleuropa zu einem Regierungssystem ausgebildet werden soll.“

Über die plötzliche Abreise des Khedive nach Alexandrien und die Haltung der Nationalpartei weiß der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ in Alexandrien Folgendes mitzuteilen:

Wenn der Vicekönig Kairo nicht rechtzeitig verlassen hätte, würde er abgefertigt worden sein. Hier bewohnt der Khedive den Rafetlin-Palast, der auf einer engen Landzunge unmittelbar unter den Kanonen des „Flexible“ stürzt. Der Streifen Landes, welcher den einzigen Zugang zu dem Palast bildet, könnte jeden Augenblick durch ein einziges Geschütz leicht bestrichen werden, aber unglücklicherweise hat der Khedive keine zuverlässige Leibwache und es kann demnach kaum gesagt werden, daß er außer aller Gefahr ist. Er kann indeß nicht als Geisel gehalten werden und dieser Theil des Programms der Nationalpartei ist demnach zu Wahrer geworden. Wäre er in Kairo geblieben, so beabsichtigte die Nationalpartei, beim ersten Zeichen der Aktion der Mächte

sich des Vicekönigs, Dervisch Pascha's, Sir Edward Malet's und möglicherweise auch des Herrn Sienkiewicz zu bemächtigen.

Ein Alexander Telegramm der „Times“ meldet, daß der Gouverneur von Alexandrien sowie der Kommandant der Garnison zugeben, daß sie keine Kontrolle über die Situation haben. Die Soldaten gehorchten nur ihren Obersten und man fürchtet, daß sie späterhin sich auch weigern dürften, dies zu thun. 450 Theilnehmer an der jüngsten Emeute sind verhaftet worden. Die Gefangenen werden an Bord eines Schiffes im Hafen gebracht, aber die Wachen sind nicht zuverlässig und in einem gegebenen Augenblick dürften die Gefangenen freit werden und nach der Stadt zurückkehren.

Arabi hat bei der Preisvertheilung an der italienischen Schule am 18. d. in Kairo eine Rede gehalten, worin er einen feurigen Aufruf an alle Nationalitäten erhob, sie zur Ordnung und Brüderlichkeit und zur Bevälgigung der Furcht in den Bewohnerungen ermahnte. Arabi erklärte wiederholt, daß er für die Aufrechterhaltung der Ordnung einstehen, der österreichische Generalkonsul fordert dagegen seine Landsleute auf, unverzüglich abzureisen. Dieser Aufruf hat den Schrecken unter den Europäern noch vermehrt. 32,000 Europäer haben Egypten verlassen. Das Ministerium Ragheb wird mit Misstrauen und Räte aufgenommen.

Die Großmächte haben dem Protocole de désintéressement zugestimmt und die Konferenz tritt nunmehr heute, am 22. Juni, in Konstantinopel ohne die Theilnahme der Türkei zusammen. Den Vorstz wird gemäß den Traditionen der Doyen des diplomatischen Corps, also der italienische Botschafter Graf Corti, haben. Es bestätigt sich nicht, daß die Mächte einen zweiten Bevollmächtigten ad hoc ernennen werden. Die Basis der Verathungen der Konferenz bleibt die bereits mehrfach ange deutete, nämlich die Aufrechterhaltung des statu quo, ausgenommen hinsichtlich der Finanzkontrolle, welche erweitert werden darf. Im Uebrigen bleiben die Verathungen strikt auf die egyptische Frage beschränkt. Es ist unrichtig, wie der „Post“ aus Paris telegraphiert, daß die tunesische Frage gleichfalls auf der Konferenz behandelt werden soll. Man hofft, ohne eine militärische Intervention der Türkei die Schwierigkeiten in Egypten zu lösen. Im Allgemeinen lauten die Nachrichten aus Egypten beruhigender. Die Bildung des Ministeriums Ragheb scheint einen günstigen Eindruck dort hervorgerufen zu haben. Allerdings lassen sich mehrere pariser Blätter melden, daß dasselbe in Egypten mit Räte und Misstrauen aufgenommen werde, wie man überhaupt hier vielfach dieser Minister-Kombination die Möglichkeit der Lebensdauer und allen Werth abspricht, wahrscheinlich aus dem Gefühl des Aergers, daß hauptsächlich durch die Einwirkung des diplomatischen Vertreters Deutsches jenes vorläufige Resultat einer persönlichen Verständigung zu Stande gekommen ist. Andererseits wird versichert, daß, da England beschlossen, wenn sich solche, das Leben englischer Unterthanen bedrohende Ereignisse erneuern, Truppen zu landen, die französische Regierung Befehl gegeben habe, gleichzeitig französische Truppen auszuschiffen und gemeinsame Aktion zu beobachten.

Im Hinblick auf die Neubildung des zu Zugeständnissen an die Westmächte wenig bereitwilligen egyptischen Ministeriums sind die Aussichten für die Konferenz von Konstantinopel wenig günstige. Abgesehen von der Schwierigkeit, die einander widerstrebenden Interessen der europäischen Mächte in Einklang zu bringen, fehlt es auch an jedem Anhänger dafür, wie die Bevölkerung der Konferenz gegenüber der widerwilligen Türkei und gegenüber dem feindseligen Egypten zur Ausführung gebracht werden sollen.

Das Verbleiben Arabi Paschas als Kriegsminister in dem neuen egyptischen Kabinett bezeichnet einen Misserfolg der Politik der Westmächte. Englische Blätter führen die Konstitution des Ministeriums auf den Einfluß Deutschlands und Österreichs zurück; die „St. James-Gazette“, die diese That-sache als eine Verschärfung dieses Missverfolges ansieht, glaubt jedoch zufügen zu sollen, daß man es Deutschland nicht verdanken könne, wenn es für seine Angehörigen den Schutz Arabi's erwirke, nachdem die Westmächte einen solchen zu leisten nicht im Stande waren. In der vorgestrigen Sitzung des englischen Unterhauses betonte denn auch der Premier Gladstone auf eine Frage bezüglich dieses Verbleibens Arabi Paschas aufs neue, daß die Regierung nichts von dem, was sie in der egyptischen Frage gehabt oder gesagt habe, zurücknehme. Da Dilke außerdem erklärte, daß der englische Generalkonsul Malet sich an der Bildung des neuen Kabinetts nicht beteiligt habe, muß die letztere in der That als wider die Wünsche der Westmächte erfolgt angesehen werden. Die englische Regierung, die gegenwärtig nicht in der Lage ist, ihre Revanche zu nehmen, kündigte denn auch an, daß sie zur gelegenen Stunde volle Reparation und Zugestimmung für die Vorgänge in Alexandrien verlangen würde. Inzwischen soll bereits, wie die „Daily News“ wissen will, der Admiral Seymour Instruktion erhalten haben, mit

der Landung von Matrosen und Marine-truppen keinen Augenblick zu zögern, wenn ein solcher Schritt für die Sicherheit des Lebens und Eigenthums in Alexandrien nothwendig erscheine.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 21. Juni. [Misstimungen im Kabinett. Aus dem konservativen Lager.] Es ist nicht so völlig unbegründet, wie man es jetzt darstellen möchte, wenn behauptet wird, daß in der letzten Zeit das gute Einvernehmen zwischen dem Fürsten Bismarck und noch anderen Mitgliedern der Reichs- und Staatsregierung, als nur mit Herrn Bitter, getrübt war. Am wenigsten hatte Letzteres wohl betreß des Herrn v. Puttkamer zu bedeuten, dem es allerdings vom Kanzler verdacht worden ist, daß dieser erst durch ein quos ego aus Friedrichsruh die Verathnung des Verwendungsgesetzes im Abgeordnetenhaus bewirken mußte, daß der Vize-Präsident nicht schon vorher hierfür gesorgt hatte. Aber Herr v. Puttkamer ist einerseits an höchster Stelle zu wohlgesitten, andererseits als verhältnismäßig geschickter Redner der Regierung zu nützlich, als daß für ihn eine solche vereinzelte Differenz sehr bedenklich werden könnte. Tiefer geht bei dem Kanzler wohl der Münchmuth über den Landwirtschaftsminister Lucius, seit der ehemalige Hausfreund so viel Selbständigkeit bemüht, die Lage der deutschen Landwirtschaft günstiger zu beurtheilen, als es zu den Briefen des Fürsten Bismarck an landwirtschaftliche Vereine zu paßt; der letzte Bericht des Ministers Lucius an den König, die Zurückweisung der Interpellation Schlieben im Herrenhause zu haben ihm keinen Stein ins Brett bei dem Fürsten Bismarck gesetzt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser latente Gegenstand plötzlich einmal in der bekannten Art ausbricht. Am meisten akut aber ist in der jüngsten Zeit das kanzlerische Misvergnügen — abgesehen von Herrn Bitter — gegen Herrn von Bötticher gewesen, wie wir schon andeuteten wegen der allerdings mehr als schwachen Vertheidigung der Bollartvorlage, die dem Direktor Burchard überlassen wurde, welcher sich durch die jahrelange Behauptung, daß die Forderung des Identitäts-Nachweises die Mühlen-Industrie nicht schädige, wovon inzwischen bekanntlich auch die Regierung das Gegentheil zu gesiehen mußte — um alle Autorität im Reichstage gebracht hatte. Allerdings gehörte die Tarifnovelle zum Ressort des Schatzamtes, aber Herr v. Bötticher scheint als „allgemeiner Stellvertreter des Reichskanzlers“ für die schwache Vertheidigung derselben verantwortlich gemacht zu sein. Indes auch diese Differenz scheint ausgeglichen zu sein. Bei den Anforderungen, welche Fürst Bismarck an seinen „Stellvertreter“ sowohl im Punkte der Hingabe, als in dem der Resignation stellte, kann er eine geeigneter Persönlichkeit, als Herrn v. Bötticher, kaum jemals finden. — Die Zeitungen haben nur kurz gemeldet, daß Herr von Hellendorf-Bedra den Vorsitz im konserватiven Zentralkomitee niedergelegt habe und daß an seine Stelle Herr v. Hammerstein, der Redakteur der „Kreuztg.“, gewählt worden. Der Vorgang ist doch der Beachtung werth. Schon im vorigen Jahre erregte es Aufsehen, daß die Konservativen, nachdem Herr v. Hellendorf in seinem Wahlkreise unterlegen war, keinen Versuch machten, ihn doch noch in einem der Kreise, über welche sie bei den Nachwahlen verfügten, durchzubringen, obgleich er mehrere Legislaturperioden hindurch ihr anerkannter, befähigter und geschickter Führer gewesen war. Ein durch seine geflügelten Worte bekannter konservativer Abgeordneter soll damals die Erklärung geliefert haben, es bedürfe einer „entschiedenen“, d. h. reaktionäreren, Führung. Dieser Auffassung wird denn auch die Ersekzung des Herrn v. Hellendorf durch Herrn v. Hammerstein im Präsidium des Zentralkomites entsprechen. Ob die Partei dabei gut fahren wird, bleibt abzuwarten. Herr v. Hammerstein hat bis jetzt als seine hervorstechendste Eigenschaft ein stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein erwiesen — womit allein es jedoch nicht gethan ist.

Versammlung der Liberalen Sachsen

am 18. Juni im Saale des Gewerbehauses.

(Nach stenographischer Niederschrift.)

Punkt 12 Uhr eröffnet der Reichstagsabgeordnete Justizrat Dr. Karl Braun aus Leipzig die Versammlung.

Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Karl Braun: Die Versammlung ist eröffnet. Ich setze voraus, daß Ihnen mein Name bekannt ist, sonst würde ich mich Ihnen vorstellen; ich stelle Ihnen ferner vor die Herren Reichstagsabgeordneten Professor Mommsen und Rickert, sowie ferner die Herren Reichstagsabgeordneten von Bunsen und Schrader.

Nun, meine Herren erlauben Sie mir, ehe ich den übrigen Herren der Reihe nach das Wort gebe, einige wenige einleitende Worte. Sie kennen den Auftrag, auf Grund dessen diese Befreiung zur Gründung eines liberalen Vereins für Sachsen erfolgt ist. Es heißt in diesem Aufrufe: auf Befreiung der die Wähler verwirrenden und den Plänen der gemeinsamen Gegner Vorschub leistenden erbitternden Kämpfe zwischen den Liberalen unter einander hinzuwirken ist die Pflicht eines jeden freisinnigen Mannes. Das Fraktionswesen der Parlamente darf nicht auf die Wählerschaft übertragen werden. Die Nothwendigkeit, das herrschende System und die auf den wichtigsten Gebieten des Staatslebens austretende Reaktion zu bekämpfen, ist die Grundlage für ein festes Zusammenstehen der Liberalen. Der liberale Verein für Sachsen soll in unierem engeren Vaterlande den Gesinnungsgenossen die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens gewähren und in dem Birkulare, welches gleichzeitig ergangen war, heißt es, daß nur eine geschlossene und in den Hauptfragen geeinigte große liberale Partei im Stande ist, der rücksichtlichen Bewegung in unserm öffentlichen Leben ein Ziel zu setzen. Der bisherige organisierte Kampf der Liberalen gegen einander kann nur dem gemeinsamen Gegner zu Gute kommen. Wenn diese Worte irgend einer Befreiung bedürften, sie bedürften denen meines Bruders nach nicht, bedürften sie also dessen, so erhalten wir ein leuchtendes Beispiel in den Wahlkämpfen des Königreichs Belgien. Bei diesen letzten Wahlen haben die Liberalen des ganzen Königreichs die früher durch Fraktionen zerplittet und zum Theil auch gegen einander erbittert waren, sich vereinigt und haben auf die glänzendste Weise gesiegt. Das ist das Beispiel eines Landes, wo ungefähr derselbe Kampf schwelt, wie bei uns und dieses Beispiel verdient nachgeahmt zu werden. Nun, meine Herren, haben Sie ja alle Kenntnis von den Vorgängen des

letzten Reichstages; es haben große Kämpfe stattgefunden, die Reichsregierung ist in den meisten Fragen unterlegen; es ist ein Umschwung eingetreten in der Stimmung des Reichstages, von dem man nicht behaupten kann, daß er der definitive Sieg sei, von dem sich aber mit Gewißheit behaupten läßt, daß er in der nächsten Zukunft der liberalen Sache zu Gute kommt, so daß wir verpflichtet sind, wir alle, die wir der liberalen Partei zuzählen, von diesem Umschwung den nötigen Gebrauch zur Verbesserung unserer öffentlichen Verhältnisse zu machen. Nun, meine Herren stellt man Ihnen die gegenwärtige Lage der Dinge als etwas ganz Ungehörtes vor, man sagt: die Opponenten sind Reichsfeinde; sie wollen dem Reiche nicht geben, was des Reiches ist, sie wollen ihm die nothwendigen Einnahmen entziehen, sie wollen ihm auch die Möglichkeit entziehen, den Einzelstaaten seinen Überfluss, für den Fall, daß ein solcher da sein würde, abzugeben; wenn diese Opposition nicht wäre, so würde man alle Menschen über Nacht wohlhabend, reich, glücklich und zufrieden machen können. Diese Versicherungen haben an und für sich etwas Phantastisches und deshalb wenig Glaubhaftes; aber es kommt noch etwas hinzu. Ganz dieselbe Bewegung, die jetzt stattfindet, freilich in anderen Formen, hat schon einmal stattgefunden zur Zeit des Norddeutschen Bundes, im Jahre 1869, in diesem Jahre, welches denkwürdig ist in der deutschen Geschichte, dadurch, daß die deutsche Gewerbeordnung zu Stande kam, welche die ehrliche Arbeit von denjenigen Schranken befreit hat, welche ihr bis dahin im Wege standen. Diese Gewerbeordnung, für die damals der ganze Reichstag gestimmt hat mit alleiniger Ausnahme einiger Sozialdemokraten und zweier preußischer Feudalen, für welche auch diejenigen Abgeordneten mit gestimmt haben, die jetzt auf der äußersten Rechten sitzen und fortwährend bemüht sind, diese Gewerbeordnung abzuändern, zu untergraben und zu durchlöchern, wie z. B. der sächsische Abgeordnete und derzeitige Vizepräsident Ackermann, der bei allen seinen Bestrebungen immer an der Spitze marschiert, ein Verdienst, das ich weit entfernt bin, ihm abzustreiten (Heiterkeit). Dieses Jahr 1869 ist ferner denkwürdig dadurch, daß in diesem Jahre das Gesetz zu Stande gekommen ist, durch welches die bürgerlichen, wirtschaftlichen und politischen Rechte für unabhängig erklärt werden sind vom Glaubensbekenntnis, wie das in allen europäischen Kulturstaten der Fall ist, ein Gesetz, das jetzt auch angefochten wird zum Theil von denjenigen, die damals dafür gestimmt haben. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe solcher Gesetze aufzählen, für welche damals die Konservativen, immer die zwei Feudalen ausgenommen, gestimmt haben; jetzt läuft die ganze konservative Partei Sturm gegen diejenigen Gesetze, welche in der Zeit von 1867 bis 1876 zu Stande gekommen sind und sie geht sogar so weit, daß sie diese eigenen Kinder verleugnet. Wir verleugnen nicht, was wir gethan haben, wir sagen, wir haben die Gesetze gemacht, wir halten diese Gesetze für gut, wir werden diese Gesetze vertheidigen und die Fahne der Freiheit hochhalten, heute wie damals (Bravo!).

In unsern Gesinnungen ist also eine Aenderung nicht vorgegangen, und sie wird auch in Zukunft nicht geschehen. Ich erwähne aber diese Zeit von 1869 deshalb, weil damals ganz derselbe Sturm des deutschen Volkes oder, um es richtiger auszudrücken, der Bevölkerung von Norddeutschland, denn damals bestand der Norddeutsche Bund, ganz derselbe Ansturm auf die Steuerkraft des Volkes stattgefunden hat wie jetzt, und es ist sehr lehrreich, einen Rückblick auf diese Zeit zu werfen. Ich glaube, es gibt gar keine bessere Einleitung für unsere heutigen Verhandlungen, als wenn man einen solchen Rückblick wirkt, der so den ungeheuren Vorsprung hat, daß die Dinge von 1869 den Leidenschaften des Augenblicks und der Erbitterung, womit sich gegenwärtig die Parteien befähigen, vollständig entzückt sind, und ein ganz ruhiges, objektives historisches Urtheil gestatten, wie wir ein solches über die Dinge haben, die vor einem Jahrhundert geschehen sind. Wie war damals der Verlauf der Sache? Damals erschien plötzlich der preußische Finanzminister, Herr von der Heydt, vor dem Landtage, befand seine Schuld und sagte, es sei kein Geld in den Kassen, wenigstens nicht in den preußischen, und wenn nicht Preußen und mit ihm der Norddeutsche Bund zu Grunde gehen sollte, müßte eine ganze Unmenge neuer Steuern eingeführt werden, legte gleichzeitig 9 verschiedene Gesetze für Einführung neuer Steuern und für Erhebung bestehender Steuern vor, so daß der Abgeordnete Becker, jetzt Oberbürgermeister von Köln, sagte: Diese Gesetze hätten die Zahl der Musen, mit den Grazien hätten sie aber weniger zu schaffen. (Heiterkeit.) Einer dieser neuen Gesetze wurde it damals im Reichstage von 1869 angenommen worden, und zwar deshalb, weil er schon vorher geplant war, das war die Wechselstempelsteuer, und in diesem geistgeberischen Wolfenbüttel, der eigentlich keinen inneren Zusammenhang hatte, waren vorgeschlagen, die Börsensteuer (vereinzeltes Bravo!) Erhöhung der Braumalz-, Erhöhung der Branntweinstuer, Einführung einer Gas- und Petroleumsteuer (wir sind so glücklich, sie inzwischen bekommen zu haben), Quittungssteuer, Erhöhung der Zuckersteuer und Besteuerung der Fahrbillets für solche Personen, die auf der Eisenbahn fahren (Heiterkeit). Auf den größeren Theil dieser Gesetze ist man nicht wieder zurückgekommen, sie sind der Vergessenheit anheim gegeben und ich will nicht behaupten, daß sie dieses Schicksal nicht verdient hätten; abgelehnt wurden die Erhöhung der Braumalzsteuer mit 152 gegen 48 und die Erhöhung der Branntweinstuer mit 202 gegen 15 Stimmen. Dafür stimmten namentlich die Herren Konservativen, die für den vorzugsweise von ihnen erzeugten Branntwein ein besonders warmes Herz haben, obgleich in neuester Zeit Freiherr von Münsterode eine solche Steuer vorgeschlagen hat, aber er ist so klug, daß er die Branntweintrinker besteuern will, nicht die Steuer erhöhen für die tugendhaften Menschen, die diesen Stoff erzeugen, die Gutsbesitzer zu sein pflegen. Im Übrigen aber wurden diese Steuern bekämpft, und am 5. Juni 1869 verzichtete Delbrück namens der Reichsregierung auf eine fernere Verathnung dieser Entwürfe. Sie wurden also zurückgezogen, und darauf nahm Bismarck, der damals Graf und Bundeskanzler war, einen großen Urlaub bei dem Kaiser, einen Urlaub auf unbekannte Zeit und ging nach Varzin. Das Datum ist immerhin interessant, es war am 1. Juli 1869. Dann aber kam am 26. Oktober 1869 ein neuer Finanzminister. An die Stelle des Ministers v. d. Heydt trat Minister Camphausen. Nun muß ich Ihnen einiges mittheilen aus den Verhandlungen. Wir, die wir diese Steuerprojekte mit Ausnahme der bereits bezeichneten, bekämpften, sagten: Es ist gar kein Defizit vorhanden; es ist im Augenblick ein kleiner Mangel in den preußischen Kassen, der entstanden durch technische Fehler in der Finanzverwaltung, aber die Steuerkraft fleißt reichlich, und wenn man nur die Entwicklung der Dinge sich ruhig vorziehen läßt und nicht gewaltthätig dazwischen greift mit allerhand unreisen Projekten, so wird sich auch das Bedürfnis von selber leicht befriedigen. Das war meine Meinung. Freilich der damalige Bundeskanzler, der jetzige Fürst Bismarck, war anderer Meinung, und er hat merkwürdigerweise damals im Jahre 1869 ganz dieselben Argumente gebraucht wie jetzt, nur mit dem Unterschiede, daß nunmehr alle Welt darüber einig ist, daß er im Jahre 1869 sich geirrt habe. Er sagte damals: Meine Herren, wir verlangen von Ihnen Brot und Sie geben uns Steine, das heißt soviel: ich habe ein Defizit und will das gedeckt haben, und Sie versuchen mir den Beweis zu liefern, daß überhaupt ein Defizit nicht da sei. Nun ging er daran, alle die Defizits nachzurechnen, er sagte, wir haben ein Defizit der Vergangenheit, das beträgt so und so viel, wir haben ein Defizit der Gegenwart, das beträgt so und so viel, und wir haben ein Defizit der Zukunft, das wird so und so viel betragen, Summa Summerum so und so viel und darum bedürfen wir neuer Steuern, ungefähr 30 bis 40 Millionen Mark; dann sagte er: als Bundeskanzler brauche ich allerdings kein Geld, wohl aber als preußischer Minister, und ich bedarf dieser Bemäßigung oder einer Quittung über die Ablehnung, um mich dann vor dem Landtage zu legitimieren. Sie finden also schon vor 14 Jahren diese Ideen mit der Quittung, ein Ausdruck, der mir nicht richtig zu sein schint, denn eine Quittung ist eine Bescheinigung, die ich demanden gebe über das, was er bezahlt hat, aber nicht eine Bescheinigung, daß ich demanden eine Forderung abgeschlagen habe, von der ich überzeugt bin, daß sie

ihm nicht zusteht; der letztere Begriff der Quittung ist neu. Er sagt dann weiter: es ist recht hart, mir die Mittel zur Fortführung der Geschäfte zu versagen und doch zu erwarten, daß ich sie fortführen werde; er hat sie aber fortgeführt, es kamen damals Kriegsdrohungen vor, es wurde sehr viel mit dem Säbel gerasselt, es wurde gesagt, wie kann man verweigern, in diesem kritischen Augenblick, wo Deisterreich u. s. w.; was war das Ergebnis? An die Stelle des einen Finanzministers trat ein anderer und nun zeigte sich es, daß das Defizit gar nicht so vorhanden war, wie man irriger Weise geplagt hatte, und der neue Finanzminister wußte durch Konvertitionen und einige andere sehr einfache und unschuldige Hilfsmittel das ganze Defizit und folglich auch das Bedürfnis neuer Steuern aus der Welt zu schaffen. Das ist die Geschichte des Jahres 1869; ihr Verlauf seit 1869 hat uns Recht gegeben, uns, die wir diese neuen Steuerprojekte verwarf und was nun das Säbelgerassel anlangt, so kam allerdings unmittelbar darnach ein Krieg, so groß, wie wohl schwerlich jemals einer in Europa geführt worden ist, aber die finanziellen Mittel reichten vollständig aus, denn Preußen, das mit dem Defizit behaftet sein sollte, konnte sogar den süddeutschen Staaten, die sich auf einen solchen Fall weniger vorbereitet hatten, oder wenigstens einem Theil derselben mit Vorschüssen aushelfen. Heutzutage sagt man freilich, Camphausen war ein steriler Kopf, er hätte nur wirtschaften können, als er Milliarden gehabt hätte, er wußte nicht Hunderte von Millionen mit dem Zauberstab aus der Erde herauszuschöpfen, er sei eigentlich nichts als der Milliardenonkel. Ja, ein Blick auf die Vergangenheit zeigt uns, daß er die preußischen Finanzen richtig aufgefaßt hat; ich will nicht zu viel sagen, sondern mich, wie es in heutiger Zeit geboten erscheint, äußerst vorsichtig ausdrücken (Heiterkeit), ich vermuthe aber, daß Camphausen, der damals wieder Ordnung in die angeblich so verschworenen Finanzen gebracht hat, von diesen Finanzen mindestens eben so viel versteht, als Herr Bitter; das ist nicht viel gesagt. (Heiterkeit.) Nun ist seit dem Jahre 1876, das heißt seit dem Abgang Delbrück's, dieses heftige Verlangen nach neuen Einnahmen von Neuem erwacht. Wir beschäftigen uns seit der Zeit mit nichts, als mit neuen Steuerprojekten, und Bedermann und einzelne Männer, vorzugsweise Herr v. Barnbüler, sinnen Tag und Nacht nichts, als wie man neue Zölle und Abgaben machen könne, als wenn es das größte Glück für die deutsche Nation wäre, wenn sie so viel wie mögl. mit allerhand neuen Abgaben in neuen Formen und Modifikationen überschüttet würde. Das ist an und für sich eine Thörheit, daß man glaubt, das ins Endlose steigern zu können, wenn's überhaupt jemand glaubt, was ich nicht behaupten will; denn die Steuerkraft einer Nation hat ein bestimmtes Maß und wenn man noch so viel neue Steuern einführt, über dieses Maß hinaus kann sie nicht eintragen, weil sie sonst gegen das Einmaleins handeln würde, welches maßgebend ist auch für die mächtigsten Männer dieser Erde. Es ist also ein bestimmtes Quantum von Steuerkraft, und ich möchte den Vergleich heranziehen, den ein italienischer Finanzminister gemacht hat: Wenn man ein Faß, statt an einem Ende, mit hundert verschiedenen Löchern ausgleich anbohrt, mehr als darin ist, kann nicht herauslaufen. (Heiterkeit.) Nun hat man freilich als Kompensation vorgeschlagen: das Reich wird vollgefüllt mit den Erträgen des Tabakmonopols, der neuen Zölle und Abgaben, daß der Segen der Finanzflut steigt bis über das Becken und aus diesem Becken überfließt in das zweite Becken, die Landeskassen, aus ihnen dann in die Provinzialkassen, ganz unten in die Gemeindeskassen u. s. w., und daß in all' diesen Dingen Erleichterung eintrete.

Ja, meine Herren, wenn das auch möglich, aber es ist nicht möglich, so wäre das doch meines Erachtens die Sache auf den Kopf gestellt. Eine Pyramide muß auf der breiten Basis ruhen; nicht auf der Spitze. Hier will man dagegen die Pyramide auf die Spitze stellen und die breite Basis oben haben, was noch nie in der Welt zur Sicherheit geführt hat. Dann will man die Einnahmen und die Ausgaben trennen. Die Einnahme soll im Reiche und die Ausgabe in den Einzelstaaten, in den Provinzen, in den Gemeinden u. s. w. stattfinden. Meine Herren, das ist auch gegen alle Finanzgrundsätze; denn die Ausgabenkontrolle und die Ausgabenbewilligung muß da sein, wo die Einnahmebewilligung und die Einnahmekontrolle ist. Nur wenn die beiden nebeneinanderliegen, kann man rechnen, daß sparsam, weise und vernünftig operirt wird. Denken Sie sich z. B. die Gemeinde A. muß Geld aufbringen, zur Befreiung der Ausgaben für die Gemeinde B. Glauben Sie, daß die Gemeinde B. spartam sein wird. Ich denke: nein! Sie wird sagen: Ich habe das Geld von anderer Seite, womit ich wirtschaften und die Gemeinde A. wird zu Grunde gehen. Es ist auch nicht gut, wenn man eine solche Vermischung der Kassen vornehme für die Selbständigkeit der Einzelstaaten. Wenn die Einzelstaaten neuer Einnahmen bedürfen, so kann man ihnen einen Theil dieses Gebiets überweisen. Es kann aber auch in vielen Einzelstaaten noch gespart werden; und jedenfalls ist das Reich und sind die Reichstagsabgeordneten nicht verantwortlich dafür, wenn in den Einzelstaaten nicht mit der nothwendigen finanziellen Vorsicht operirt worden ist. Wenn z. B. Herr v. Barnbüler sein Königreich Württemberg in ungeheure finanzielle Verlegenheit gestürzt hat durch ein höchst unzweckmäßiges Eisenbahnsystem, dessen Auseinandersetzung mich zu weit führen würde, so muß dafür nicht das ganze deutsche Volk büßen; denn es hat die Schuld nicht auf sich und soll auch die Sünden des Herrn v. Barnbüler nicht bezahlen. Wir sind nun bis zu einem gewissen Grade bereits da hineingerutscht; während früher die nationalen Interessen über Alles standen, treten nunmehr einzelne private persönliche Interessen in den Vordergrund, und Jeder verlangt mit Hilfe von Abgaben und Steuern für sich eine besondere Wurst gebraten. Wir sind in diese Wirrnis gekommen, in diesen Krieg Aller gegen Alle, der Rohprodukte gegen die Halbfabrikate, der Halbfabrikate gegen die Ganzfabrikate, der Städte gegen das Land, der Industrie gegen die Landwirtschaft, der Landwirtschaft gegen die Industrie. Das sind die speziellen Interessen, während wir nur dann wieder auf den richtigen Fuß kommen, wenn wir die Interessen der Gesamtheit der ganzen deutschen Nation vor Augen haben. Der Fürst Reichskanzler hat in seiner letzten Rede im Reichstage behauptet: Es sei eine Verfinstierung der nationalen Idee eingetreten. Er mag Recht haben, wenn vielleicht in einem ganz anderen Sinne, als er es verstanden hat. Wenn er aber ausruft: Wir wollen uns wieder erheben zu der großen Ansicht der nationalen Idee; wir sollen an das denken, was uns einigt und nicht an das, was uns trennt! so hat er recht; aber ein solcher Aufschwung ist nur möglich auf der Grundlage der verfassungsmäßigen und freiheitlichen Idee. (Bravo!) Ich erinnere Sie an einen Ausdruck des großen Geschichtsschreibers Niebuhr. Er sagt: Von jeher hat der Absolutismus schon vom Kaiser Augustus bis zu Kaiser Napoleon I. seine Zwecke am besten dadurch erreicht, daß er die Menschen belehrt hat, das Gemeinwohl zu vergeben, und einen jeden, an seine eigenen privaten Interessen zu denken. In einem solchen Zustand zu gerathen, sind wir in Gefahr und deshalb bin ich der Meinung, daß die gesammte deutsche Nation sich zusammenthun muß, um ein solches Unglück mit gemeinsamer Kraft, Schultern an Schulter, abzuwehren. Dann wird der nationale Gedanke der Verfinstierung los werden und die nationale Idee wird wieder strahlen, wie zur Zeit im Jahre 1869, wo wir mit Erfolg diesen Wolfenbüttel von neuen Steuern und Zöllen abgewehrt haben, und wo das die seitdem verflossene deutsche Geschichte deutlich und öffentlich bescheinigt hat, daß wir Recht hatten, und darin finden wir die Erneuerung, auch ferner auf diesem Wege fortzuschreiten. (Lebhaftes Bravo!) (Fortsetzung folgt.)

Vocales und Provinzielles.

Posen, den 22. Jun.

d. Die polnische Gesellschaft „Stella“ wird auch in diesem Jahre das Fest des Krämerwerfens am Vorabende des Jo-

hannistages unterhalb des Schillinghörs veranstalten. Auch in Warschau und Krakau wird am 23. d. M. Abends dieses Fest, und zwar mit großem Gepränge, gefeiert werden.

a. Dem Propst Morkowski in Kucharki (Kr. Pleschen) hatte der Landrat des Kreises die Volkschulinpection über einige Schulen angeboten; der Propst hat dies Amt jedoch nicht angenommen, und zwar angeblich aus dem Grunde, weil der Kreischulinspektor Herr Graffi ist. Wie man sieht, reisen sich die Herrn Propste gar nicht so sehr um die Schulinspektion; sie möchten dieselbe schon wieder haben, nur nicht unter Überaufsicht eines Kreischulinspektors!

r. Der Rittergutsbesitzer Wlad. v. Matkowski auf Malachowo lebt am 17. d. M. an den Folgen der Trichinose gestorben. Derselbe war mehrere Jahre hindurch Landschafts-Deputirter des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Wollmarkt.

** Berlin, 20. Juni. Abends. [Schlußbericht.] Der Wollmarkt ist jetzt beendet. Die Erwartungen, welche man auf denselben setzen zu dürfen glaubte, haben sich nicht verwirklicht. Ein wesentliches Moment zur Lendenverschlechterung war das den Wollmarktverkehr einleitende sehr starke Regenwetter, welches die Wollen flamm machte und viele Fabrikanten veranlaßte, Abschlüsse hinauszuschieben. Beücksichtigt man die diesjährigen vorwiegend guten Wäschchen, zieht also die diesjährige bessere Wollqualität gegenüber den vielfach mangelhaften Wäschchen des Vorjahrs in Betracht, so ist selbst der für gute pommerische Wollen, die seitens der zahlreich vertretenen Kämmer am Belangreichsten gefaßt wurden, erzielte Preisaufschlag von 6 M. imanär und ungefähr Parität mit 1881 zu konstatiren. Charakteristisch für den Wollmarkt waren die verschwindend kleinen Produzentenführern, die minimalen Einkäufe der großen Fabrikanten, die fast gänzliche Abweichen ausländischer Käufer und die übereinstimmenden Beftreibungen der Händler, die schließlich sehr gedrückten Preise für ihre Kaufszwecke aussunten. Schon in der ersten Hälfte des Nachmittags hat die Mehrzahl der Produzenten unser Platz verlassen, doch ist ge- gründete Hoffnung vorhanden, daß solche, nachdem die Trocknung der Wollen sich vollzogen hat, bei ihrem noch offenen Bedarf sich den hiesigen Lägern wieder zuwenden werden. Die geldbedürftigsten Woll- besitzer schlügen ihre Restposten, die allerdings nur aus wenig gültigen Qualitäten bestanden, am späten Nachmittag zu Preisen los, die den vorjährigen nicht unweitlich nachstanden. Dieser Umstand macht es erklärlich, daß schließlich nur noch 1500 Ztr. auf dem eigentlichen Wollmarktbereich lagerten, die zum Theil noch heute resp. morgen früh den Stadtlägern zugeführt werden, zum Theil noch bis morgen Vormittag in den Hallen verbleiben, indem man für verschiedene behandelte Wollen Käufer erwartet. Da, wie bereits berichtet, die Wollmarktzufahrten die vorjährigen bei Weitem an Umfang überstiegen, so sind, trotzdem die besseren Sortimente herausgesucht sind, unsere Läger noch allen Anforderungen entsprechend.

Telegraphische Nachrichten.

Ems, 21. Juni. Se. Majestät der Kaiser nahm gestern Nachmittag den Vortrag des Geh. Legationsrats v. Bulow entgegen. Zum Diner waren geladen: der General-Landschafts- Direktor von Pommern, v. Kölle, Generalleutnant v. Werder, General-Feldmarschall Herwarth v. Bittenfeld, Oberstleutnant v. Colom, Oberst Frhr. v. Bubbenbrock, Oberstleutnant Duedow, Militärratattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Brüssel, Major v. Prittwitz. Heute früh machte Se. Majestät die gewohnte Brunnenpromenade.

Darmstadt, 21. Juni. Der König von Sachsen ist heute Vormittag um 11 Uhr 15 Min. hier eingetroffen und am Bahnhofe, auf welchem eine Ehrenkompanie aufgestellt war, von dem Großherzog und dem gesamten Offizierkorps empfangen worden. Der König ist im Residenzschloß abgestiegen.

Darmstadt, 21. Juni. Zu Ehren des Königs von Sachsen findet heute Abend im Schlosse Galatafel statt, später Zapfenstreich und Serenade der Musikkorps der hiesigen Gar- nison.

Wien, 20. Juni. Der bisherige egyptische Minister des Auswärtigen, Mustapha Fehmi Pascha, ist aus Kairo hier eingetroffen.

Wien, 21. Juni. Ein Communiqué der „Pol. Kor.“ teilt mit, daß das Ergebnis der Rekrutenaushebung in Bosnien ein sehr günstiges sei, insbesondere habe sich eine große Anzahl Freiwillige, unter denen sich auch Muslime befanden, gemeldet. Einen wichtigen Beleg für die wesentliche Besserung der Verhältnisse böten die Rückkehr zahlreicher Flüchtlinge und die zahlreichen Gefüche um straffrei Rückkehr. Nach dem Bezirk Gazzo seien 28 Einwohner zurückgekehrt, welche 800 Gewehre den Behörden auslieferten. Von dem Aufstande sei keine Rede mehr, obwohl noch zeitweise Räuberbanden, welche jede Gelegenheit zur Plünderung kleinerer Orte benutzen, auftauchen dürften; doch werde die Befestigung geordneter Verhältnisse fort- dauernd angestrebt.

Petersburg, 21. Juni. Die hiesigen Zeitungen bringen folgende Gerüchte: Die deutsche „St. Petersburger Zeit.“ erfährt, daß nicht der russische Botschafter zu Berlin, v. Saburow, sondern der gegenwärtige Gesandte in Kopenhagen, Baron Mohrenheim als russischer Botschafter nach London gehen werde, falls der Botschafter Lobanow in London eine andere Verwendung finden sollte. — Die „Neue Zeit“ will wissen, die russische Regierung habe wegen der bevorstehenden Konferenz beschlossen, den bisher durch Nowikow innegehabten Botschafterposten zu Konstantinopel sofort durch den Gesandten zu Dresden, von Melidow, zu besetzen, jedoch unter Ernennung desselben zum außerordentlichen Gesandten, nicht zum Botschafter. Dasselbe Blatt erfährt, General Drshewski werde an die Stelle des hiesigen Oberpolizeimeisters Generals Koslow treten, und letzterer werde wieder auf seinen früheren Posten als Oberpolizeimeister nach Moskau zurückkehren. — Wie der „Herold“ berichtet, sollen in Folge eines kaiserlichen Befehls an den Senat vom Montag ab bei allen Handelsgerichten Russlands die Entscheidungen in der betreffenden Sitzung selbst sofort nach stattgehabter mündlicher Verhandlung der Sache kundgegeben werden. Bei schwierigen Fällen sei den Handelsgerichten gestattet, die Publikation des Urteils aufzuschieben, jedoch nur bis zu einem bestimmten festzuhenden Termin.

Konstantinopel, 21. Juni. Die Pforte richtete unterm heutigen an ihre Vertreter im Auslande eine Birkulardepeche, in welcher die in dem Birkular vom 3. Juni geltend gemachten Argumente wiedeholt werden und hervorgehoben wird, daß die Ordnung in Egypten wiederhergestellt, das Vertrauen wieder-

erwacht und der Erfolg des Mandates Derwisch Paschas gesichert sei. Die Pforte beharrte daher im Interesse Europas selbst und der Lage in Egypten dabei, daß die Konferenz opportun sei. Abgesehen davon, daß die Konferenz den Interessen der Türkei zuwiderließe, wäre sie auch geeignet, die Bemühungen Derwisch Paschas zu paralyzieren. Wenn das Bedürfnis nach Pourparlers sich fühlbar mache, könnten dieselben auch ohne Konferenz zwischen den Mächten und der Pforte stattfinden.

Bukarest, 20. Juni. Der „Romanul“ veröffentlicht das von Rumänien in der Donaufrage aufgestellte Gegenprojekt. Nach demselben soll eine Überwachungskommission eingesetzt werden, in welche die europäische Donaukommission zwei Delegirte, die Uferstaaten, Bulgarien, Rumänien und Serbien, je einen Delegirten entsenden. Die beiden Mitglieder der Donaukommission werden in die Überwachungskommission auf die Dauer von 6 Monaten nach der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Staaten entsendet, der rumänische Delegirte der Donaukommission wird hierbei übergangen. Präsident der Überwachungskommission ist einer der beiden Delegirten der Donaukommission, welcher für jede Session mit Stimmenmehrheit gewählt wird. Der Zweck der Überwachungskommission ist die Überwachung der Ausführung der Reglements und Vorschläge zur Verbesserung der Schiffbarkeit des Flusses und zur Entwicklung der Schiffahrt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
21. Nachw.	755,0	W schwach	bedeckt ¹⁾	+13,4
21. Abends.	754,3	W schwach	bedeckt	+13,7
22. Morgs.	753,7	W schwach	bedeckt	+14,0

¹⁾ Regenhöhe: 1,5 mm.

Am 21. Wärme-Maximum +19° Cels.

= Wärme-Minimum +11° Cels.

Wetterbericht vom 21. Juni, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Reesensiv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	752	W	5 wolfig	12
Aberdeen	748	S	3 bedeckt ¹⁾	12
Christiansund	758	WW	3 heiter	18
Kopenhagen	763	still	wolkenlos	14
Stockholm	766	SD	4 wolkenlos	18
Paraná	771	S	2 wolkenlos	13
Petersburg	—	S	1 wolfig	19
Moskau	758	S	1 wolfig	19
Cort, Queenst.	756	WW	3 halb bed. ²⁾	12
Brest	762	WSW	4 bedeckt ³⁾	14
Helsing	762	SD	1 heiter	15
Gä	764	WSW	1 wolkenlos	16
Hamburg	764	ND	1 wolkenlos ⁴⁾	15
Swinemünde	763	N	1 bedeckt ⁵⁾	15
Neufahrwasser	762	NW	2 wolfig	14
Merkel	761	ND	2 heiter ⁶⁾	20
Paris	762	WSW	4 bedeckt	13
Münster	763	ND	1 wolkenlos ⁷⁾	13
Karlsruhe	764	SW	2 Regen ⁸⁾	15
Wiesbaden	763	SW	1 halb bedeckt	14
München	765	WW	1 bedeckt	12
Leipzig	763	WSW	1 wolfig ⁹⁾	14
Berlin	763	N	1 bedeckt	15
Wien	764	SW	1 Regen	12
Breslau	763	NW	2 bedeckt	13
Le D'Air	764	W	3 bedeckt	16
Nizza	—	—	—	—
Triest	764	still	wolfig	19

¹⁾ Seegang leicht. ²⁾ Seegang mäßig. ³⁾ Seegang leicht. ⁴⁾ Dunst. ⁵⁾ Nachts Thau. ⁶⁾ Nachts Thau. ⁷⁾ Nachts Regen. ⁸⁾ Gestern Regen. ⁹⁾ Gestern und Nachts Regen. ¹⁰⁾ Dunst. ¹¹⁾ Nachts Regen.

Skala für die Windstärke:

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Zählung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreussen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Über Schottland ist eine neue Depression erschienen, in Folge deren in der nördlichen Nordsee und Großbritannien die Winde etwas aufgefrischt sind. Über Zentral-Europa dagegen ist das Wetter nochziemlich ruhig, doch im Südwesten vielfach trüb, während es namentlich im Ozeanbecken meist wolkenlos geworden ist. Die Temperatur hat sich seit gestern nicht erheblich geändert. Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Wärthe.

Posen, am 21. Juni	Morgens 0,52 Meter.
— 21. —	Mittags 0,52 —
— 22. —	Morgens 0,52 —

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 21. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 263, Franzosen 268, Lombarden 118, Galizier 265, österreich. Goldrente —, ungarische Goldrente 74, II. Orientale —, österr. Silberrente —, Egypter 584, III. Orientale —, 1860er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Loos —, Diskonto-Kommandit 2014.

Wien, 21. Juni. Ungarische Kreditaktien 312,75, österreichische Kreditaktien 319,00, Franzosen 319,00, Lombarden 141,50, Galizier 315,00, Anglo-Austr. —, österr. Pariserrente 76,60, do. Goldrente —, Marknoten 58,77, Napoleon 9,57, Bankeverein 115,00, Elbthal 221,00, ungar. Papierrente 86,20, 4 Prozent. ungar. Goldrente 88,07, ungarische Goldrente —, Nordwestbahn —, Rubig.

Wien, 21. Juni. (Schluß-Course.) Die Börse eröffnete im Anschluß an die Pariser Meldungen fest, verließ aber matt in Folge der Meldung der „Daily News“ über eventuelle Truppenlandung in Alzadrien. Papierrente 76,57, Silberrente 77,20, österr. Goldrente 94,50, 6 Prozent. ungarische Goldrente 119,90, 4 Prozent. ung. Goldrente 88,00,

5 Prozent. ung. Papierrente 86,15, 1854er Loos 119,70, 1860er Loos 130,00, 1864er Loos 171,00, Kreditloose 175,20, ungar. Prämien 118,00, Kreditaktien 316,00, Franzosen 317,25, Lombarden 140,50, Galizier 313,50, Kasch.-Oderb. 148,00, Pardubitzer 151,20, Nordwestbahn 204,00, Elisabethbahn 211,00, Nordbahn 2770,00, Österreich-Ungar. Bank —, Türk. Loos —, Unionbank 121,50, Anglo-Austr. 122,60, Wiener Bankverein 114,50, ungar. Kredit 309,75, Deutsche Plätze 58,75, Londoner Wechsel 120,15, Pariser do. 47,75, Amsterdamer do. 99,35, Napoleon 9,57, Dukaten 5,64, Silber 100,00, Marknoten 58,77, Russische Banknoten 1,20, Lemberg-Gernowits —, Kronpr.-Rudolf 167,50, Franz.-Dörf. —, Duk. Bodenbach —, Böh. Westbahn —, Buschtherader Bahn —, Tramway 224,50.

4 Prozent. ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 220,50, 5 Prozent. österr. Papierrente 92,10, ungar. Goldrente —, Buschtherader B. —, ung. Präm. 118,00, Eskompte —.

Paris, 21. Juni. (Schluß-Course.) Schwach. 3 Prozent. amortif. Rente 82,35, 3 Prozent. Rente 81,35, Anleihe de 1872 114,60, Italien. 5 Prozent. Rente 89,90, österr. Goldrente 79,4, do. ungar. Goldrente 103, 4 Prozent. ungar. Goldrente 75,4, 5 Prozent. Russen de 1877 88, Franzosen 675,00, Lomb. Eisenbahn-Altm. 295,00, Lomb. Prioritäten 288,00, Türken de 1865 12,05, Türkensloose 54,25, III. Orientale —.

Credit mobilier 540,00, Spanier exter. 28,1, do. inter. —, Suezkanal-Altm. 2400,00, Banque ottomane 771,00, Union gen. —, Credit foncier 1500,00, Egypfer 291,00, Banque de Paris 1175,00, Banque d'escompte 572,00, Banque hypothecaire —, Londoner Wechsel 25,16, 5 Prozent. Rumänische Anleihe —.

Paris, 20. Juni.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Juni. Wind: NW. Wetter: Bewölkt.

Die Umsätze waren am heutigen Markte in keinem Artikel lebhaft und die Stimmung unentschieden.

Lofo-Wiesen behauptete seinen Werth. Von Terminen lässt sich dasselbe nicht sagen. Laufende Sicht stellte sich erheblich niedriger, weil schwachem Angebot gegenüber Kauflust fast ganz fehlte. Auch die anderen Termine ließen sich etwas billiger als gestern aussäsen.

Lofo-Roggemehl gingen Mängel entsprechender Offeren zu höheren Preisen wenig um. Im Terminverkehr griffen keine wesentlichen Veränderungen Platz. Die gefrierte dringliche Deckungsfrage für nahe Lieferung zeigte sich heute nicht mehr, und auf spätere Sichten gab es mehr Angebot, wozu augenscheinlich die regenlose Witterung resp. die veränderte Windrichtung Anlass gegeben hatte. Der Handel war übrigens wenig rege.

Lofo-Hafer in seiner Ware mehr beachtet. Termine still.

Roggemehl schwach preishaltend.

Mais still.

Rübel hat bei kleinem Geschäft gestrige Notirungen gut behauptet.

Petroleum ohne Umsatz.

Spiritus erzielte in effektiver Ware merklich höhere Notiz. Termine erfreuten sich auf nahe Lieferung ziemlich guter Deckungsfrage; auch spätere Sicht war gut begegnet. In Folge dessen trat eine durchgängige Besserung ein, und der Schluss blieb fest.

Weizen per 1000 Kilo lolo 198—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Annahm., bezahlt, dienter Wohlner — M. ab Bahn bez., per Juni 207½ bez., per Juni-Juli 207½ bez., per Juli-August 204 M. bezahlt, per August-September — M. bei, per Septem-

ber-Okttober 202—201½ bez., Okttober-November — M. bezahlt. — Gefündigt 20,000 Rentner. — Regulierungspreis 207½ M. — Roggen per 1000 Kilo lolo 146 bis 160 M. nach Qualität gefordert, inländischer 150—156 M. ab Bahn bezahlt, seines do. 158 M. ab Bahn bezahlt, def. polnischer 147—149 M. ab Bahn bezahlt, russischer 147—149 M. ab Bahn bezahlt, per Juni 148½ bis 149 bis 148½ M. bezahlt, per Juni-Juli 148½—149—148½ M. bezahlt, per Juli-August 147—147½—146½ M. bezahlt, per August-September — M. bezahlt, per September-Okttober 146—146½—145½ M. bezahlt. — Gefündigt 4000 Rentner. Regulierungspreis 148½ M. — Gerste per 1000 Kilogramm lolo 120—190 M. nach Qualität gefordert. — **Hafer** per 1000 Kilo lolo 125 bis 167 M. nach Qualität gefordert, gefordert, zwittriger und polnischer 125 bis 143 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 134 bis 145 M. bezahlt, pommerischer und Udermärker 130 bis 142 M. bezahlt, schlesischer 143 bis 147 M. bei, f. do. 153—156 M. bezahlt, böhmischer 143 bis 147 bez., sein weiß mecklenburgischer — M. ab Bahn bezahlt, per Juni — M. bezahlt, per Juni-Juli 135½—135 M. bezahlt, per Juli-August 133½ M. bezahlt, per August-September — M. bezahlt, per September-Okttober 134—133½ M. bezahlt. — Gefündigt 2000 Rentner. — Regulierungspreis 136 M. — Raps per 100 Kilo Kochware 155 bis 190 M. Futterware 133—153 M. — Mais per 1000 Kilo lolo 148—158 M. nach Qualität gefordert, per Juni 147½ M. per Juni-Juli 144 M. per Juli-August 143 M. per September-Okttober 139½ bez. — Gefündigt — Rentner. — Regulierungspreis — M. — **Weizenmehl** per 100 Kilogramm Weizen 0:0: 30,50 bis 29,50 M. O: 29,00 bis 28,00 M. 0:1: 27,50 bis 26,50 M. — **Rapsgemehl** inl. Sac O: 22,50 bis 21,50 M. — **Wurst**. — M. bei, per Septem-

Berlin, 21. Juni. Die heutige Börse zeigte das ausgesprochene Abbild der Unentschlossenheit; sie möchte ihrem innersten Wesen und ihrer Überzeugung nach vorwärts eilen, und doch hat sie nicht den Mut, ihr Wollen in's Können zu übersezzen. Obgleich aus Paris von gestern Abend beruhigendere Nachrichten und theilweise höhere Notirungen vorlagen und ebenso aus Wien ziemlich unveränderte Courte gemeldet wurden, so blieb die Coursbewegung der Kreditanstalten doch in rückläufiger Bahn. Obwohl nun für den Rückgang der Kreditanstalten zum Theil ganz besondere Gründe angeführt werden können, so gab die matte Haltung, die auf diesem Gebiete herrschte, doch der Gesamt-Tendenz die Signatur.

Unterstützt sich ziemlich gut behaupten. **Österreichische Eisenbahngesellschaften**

französischen und Lombarden setzten

sogar eine kleine Cours erhöhung durch. Für einheimische Eisenbahn-Aktien war die Stimmung wesentlich abgeschwächt, besonders erschien Marienburger einen Coursdruck. In anderen Werthen dieser Art war der Verkehr sehr gering und blieben dieselben in den Courses daher auch meist unverändert. Noch stiller erwies sich der geschäftliche Verkehr in Bankaktien und Industriepapieren. Die von der Spekulation in ihren Kreis geogenen Bankaktien schlossen sich mehr oder weniger eng dem Rückgang der Kreditanstalten an, während die parallelen Montanwerthe eine ziemlich feste Physiognomie zeigten. Für Lauta-Aktien war Kauflust bemerkbar. Auswärtige Staatsanleihen verhielten sich sehr ruhig und haben nur unbedeutende Coursveränderungen erfahren. Anlage-Effekten waren gänzlich vernachlässigt. Pommersche

Eisenbahn-Gesellschaften.

Eisenbahn-Aktien.

Eisenbahn-Gesellschaften.

Eisenbahn-Obligationen.

Eisenbahn-Pfandbriefe.

Eisenbahn-Privatpapiere.

Eisenbahn-Schulden.

Eisenbahn-Vorwerthe.

Eisenbahn-Zwischenpapiere.

Eisenbahn